

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Geh- und Radwegunterführung Weixelbaumstraße

GR. **Mayr** stellt folgende Anfrage:

GR. **Mayr**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Historie ist ja bekannt, trotzdem kurz noch: Mit der Umstellung der Weichenschaltungen durch die ÖBB und dem massiv erhöhten Verkehrsaufkommen auf der Bahnstrecke ist die Schließung des Bahnüberganges Weixelbaumstraße einhergegangen.

Von dieser Schließung sind zirka 500 Bürger betroffen, die den Bahnübergang zu Fuß oder mit dem Rad benützt haben.

Seit Bekannt werden dieser Umstellung setzte sich der damalige Stadtrat Univ.-Doz. Dr. Gerhard Rüschi und der damalige, jetzige Gemeinderat, damalige Bezirksvorsteher Mag. Rene Schönberger für die Aufrechterhaltung einer Querungsmöglichkeit der Geleise bei den ÖBB und der HL-AG ein.

Die mittlerweile zuständige Vizebürgermeisterin Lisa Rücker unternahm ihrerseits auch bereits im Frühjahr mehrfache Versuche, eine Lösung herbeizuführen und führte dabei viele Gespräche mit betroffenen BürgerInnen und den ÖBB.

Bei einem der zahlreich geführten Gespräche wurde auch eine Variante für die Unterführung zum Vorschlag gebracht, bei der die Unterquerung der Bahntrasse vor und nach den Gleisen offen zu führen wäre. Zusätzlich kam nach Evaluierung dieser und mehrerer anderer Varianten zuletzt ein Angebot ins Spiel der Grazer Schlepfbahn GmbH, nämlich durch Umlegung ihrer Bahngleise eine baulich kürzere Unterführung des ÖBB-Teils der Gleise zu ermöglichen. Diese letzte Variante wird nun durch die ÖBB und Grazer Schlepfbahn GmbH geprüft und Ergebnisse werden demnächst vorliegen.

Ich stelle daher namens der ÖVP-Gemeinderatsclubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, dich zusammen mit der Frau Vizebürgermeisterin dafür einzusetzen, alle zielführenden Bemühungen intensiv voranzutreiben, insbesondere bei den ÖBB und der Grazer Schlepfbahn GmbH die Prüfergebnisse der oben dargestellten Varianten einzufordern und den Gemeinderat zum Beispiel bis zu seiner Novembersitzung zu informieren, damit eine für die Bevölkerung mögliche Lösung des Problems noch in diesem Jahr in Angriff genommen werden kann.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, des einen Freud, des anderen Leid, so wie bei vielen Entscheidungen, die im Stadtgebiet fallen, kann man sich auf der einen Seite sehr darüber freuen, dass wir zu Beschleunigungsbereichen kommen oder zu einem schnelleren Takt kommen und zu einem schönen Ausbau auch unserer Bahnstrecken. Auf der anderen Seite bedingt das halt leider Gottes auch Problembereiche dann für Bürgerinnen und Bürger, sei es unser Steinfeldfriedhof, sei es jetzt auch die Weixelbaumstraße. Ich möchte aber auch durch die Beantwortung der Anfrage gleich Möglichkeit geben, bei diesem wichtigen Thema auch die Verkehrsreferentin zu Wort kommen zu lassen, die sich hier zu Wort gemeldet hat.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, zu dieser Sachlage Weixelbaumunterführung hier einen aktuellen Stand, einen aktuellen Zwischenstand zu berichten, denn, wie richtig ausgeführt, gibt es viele Stunden, die ich inzwischen mit diesem Thema auch vor Ort verbracht habe, auch mit allen Betroffenen im laufenden Gespräch mich befinde. Die Weixelbaumstraße oder –unterführung, das ist eine Straße, die dann wegfallen würde oder wird, sie ist weggefallen, muss man de facto sagen seit Mitte August, die einen Ortsteil, dadurch wird ein Ortsteil getrennt, Gösting, in einem Bereich, wo besonders sensible Nahversorgerstrukturen betroffen sind für Menschen, die auf der östlichen Seite leben, insbesondere die auf der anderen Seite der Bahn eine kleine, aber doch sehr dichte Infrastruktur vorgefunden haben für den täglichen Bedarf. Das ist natürlich eine Maßnahme, die hier von der ÖBB gesetzt wird, die aus technischen Gründen gut begründet ist, auch aus verkehrstechnischen Gründen. Eine Nichtschließung des Schrankens hätte dazu

geführt, dass 16 Stunden von 24 Stunden am Tag dieser Schranken geschlossen gewesen wäre, also es gab viele Informationen, die zwar da waren, gleichzeitig gab es ein paar Planungsentwürfe, aber eine nicht erfolgte Entscheidung, was man da tut, weil es so eine schwierige technische Lösung ist, dort weiterzukommen, weil die Unterführung nicht befriedigend zu lösen war aus damaliger Sicht und auch die Überführung dort aus den technischen Bedingungen heraus nicht sinnvoll erscheint und auch gar nicht machbar ist wegen der Verkehrssituation, die dort besonders dicht ist. Wie ist der aktuelle Stand: Gespräche sind da noch einmal intensiviert worden, weil auch von Seiten der Bürgerinitiative oder der Menschen, die sich dort engagieren, ein paar Vorschläge dazugekommen sind, die wir jetzt in der Planung aufgegriffen haben. Zuletzt hat es einen Termin gegeben direkt vor Ort am 4.9., eine Begehung und dann einen Termin in der Stadtbaudirektion, aus dem jetzt Folgendes herausgekommen ist: Es wird noch einmal mit der Andritz AG verhandelt, die als Eigentümer des Schlepfbahngleises dort, also unmittelbar an die anrainenden Grundeigentümerin östlich der Bahn, bis Ende September soll dort verhandelt werden, da geht es auch darum, ob das Schlepfbahngleis so verlegt werden kann, dass eine kürzere Unterführungsvariante gewählt werden kann; zweitens werden diese neuen Planungsvarianten, wo auch eine offenere Führung umgesetzt werden soll, wie sie ursprünglich vorgesehen war, geprüft. Gleichzeitig musste ja auch barrierefrei zugänglich sein, das darf man auch nicht vergessen, was bei der Grundstücksführung dort eben besondere Erfordernisse bedeutet. Dann werden bis Mitte Oktober die Ergebnisse sondiert, mit den Leuten von dort besprochen und dann wird es eine Grobkostenschätzung von einem Vorentwurf geben bis Ende November, so ist der Zeitplan, wir sind im Zeitplan. Was möglich ist, versuchen wir zu prüfen. Ich habe immer gesagt, es geht natürlich immer ums Geld, aber ich wollte nicht hergehen, wir nehmen sehr viel Geld in die Hand für eine Unterführungslösung, die letztendlich den halben Tag, insbesondere im Winter, nicht benutzt wird, weil sie einfach von der Übersichtlichkeit her ein völlig unattraktives Angebot ist für FußgängerInnen, ab der Zeit der Finsternis von keiner Seite einsehbar, 50 Meter langer enger schmaler Tunnel, wo am Ende das Licht nicht sichtbar ist und der Ausgang nicht sichtbar ist, halte ich für keine sinnvolle Lösung für sehr viel Geld, und jetzt suchen wir vielleicht eine bessere Lösung und so ist der Stand, da sind wir mitten am Weg und ich hoffe, bis Ende November im Gemeinderat Aktuelles berichten zu können und auch Positives berichten zu können (*Applaus Grüne*).

GRin. Mag.a **Bauer**: Ich darf mich zu diesem Tagesordnungspunkt hier kurz halten. Ich möchte jedenfalls betonen, dass wir bei unserem dringlichen Antrag bleiben, dass wir den auch so einbringen werden. Der Vorschlag, der hier diskutiert wird, kann ein Schritt auf dem Weg sein. Ich bin sehr erstaunt, Frau Vizebürgermeisterin, über deine Worte, die du jetzt hier verwendet hast. Tatsache ist aber, dass Andritz AG derzeit den Eigenbedarf prüft. Vom Verhandlungstermin auf der anderen Seite ist mir derzeit nichts bekannt, demzufolge bleiben wir auf unserem dringlichen Antrag, dass ein Projekt bis November dem Gemeinderat vorgelegt werden kann und soll. Die weitere Wortmeldung bringe ich dann zu meinem Dringlichen ein (*Applaus SPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Also jetzt ist das Thema Weixelbaum eben ein bisschen vorgezogen, an und für sich war es ja ein dringlicher Antrag, jetzt können wir die Grünen da nicht rauslassen. Also sie kommen da wirklich sehr spät zu diesem Thema drauf, Weixelbaum, da ist sehr viel vorher den Bach runtergegangen. Am 1. Juli war eine Bürgerdelegation bei der Frau Stadträtin Fluch damals noch, da hat es geheißen, es gibt kein Geld für diese Unterführung, ein paar Tage später hat es dann von der Vizebürgermeisterin Rucker diese Aussagen gegeben, ja, die Varianten werden geprüft, aber zu vernünftigen Konditionen ist das nicht machbar. Am 8.7. hat es dann geheißen von Vizebürgermeisterin Rucker, von der ÖBB gibt es nur einen kleinen Betrag und ein paar Tage später sind dann plötzlich diese 750.000 Euro von der ÖBB aufgetaucht und da waren die Bürger wirklich böse, und die Göstinger sind zu uns gekommen und haben sich wirklich von schwarz/grüner Politik verschaukelt gefühlt (*Applaus FPÖ*). Es hat ja vorher auch im Bezirk bereits einen Antrag von ihrer Bezirksrätin, Gandl heißt die Dame, wo sich die Bezirkskollegen alle für eine Unterführung ausgesprochen oder für eine Überführung haben. Dann ist lange nichts geschehen, Sie haben das versucht wegzudiskutieren und dann waren Sie plötzlich überhaupt abgetaucht. Ich erinnere da an eine Bürgerversammlung in Marias Stub'n, SPÖ, ÖVP, die Freiheitlichen waren anwesend, da war kein Einziger von der grünen Fraktion bei dieser Versammlung. Weder aus dem Gemeinderat noch aus dem Bezirksrat.

Zwischenruf unverständlich.

Ing. **Lohr**: Ja, Einladung, das war in der Zeitung, also das war sicher bekannt und da muss man Ihnen wirklich vorwerfen, dass Sie hier den Koalitionsvertrag, den Sie auch mit der ÖVP geschlossen haben, nicht einhalten. Ich erinnere Sie, was da im Arbeitsprogramm unter Mobilität steht, wir verstehen unter hoher Mobilität eine nicht möglichst große zurückgelegte Wegstrecke, sondern die Chance, mit möglichst geringem Aufwand zu erreichen. Und den ersten Kontakt mit den Bürgern haben Sie wirklich blockiert und diese im Stich gelassen, den Volksschulkindern nicht den Weg ermöglicht zur Volksschule und auch die Senioren abgeschnitten, ihren täglichen Einkauf zu machen und auch einen Friseur zum Beispiel aufzusuchen. Also, wenn das grüne Verkehrspolitik in Zukunft wird, dann danke, lesen Sie bitte Ihren Koalitionsvertrag, und wir werden natürlich weiterhin für diese Unterführung kämpfen. Ein sachlicher Beitrag in diese Richtung noch, würde auch noch einmal bitte diese Oberführung würde ich noch überprüfen, weil sie sicher kostengünstiger und schneller realisiert werden kann (*Applaus FPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also, nur aus persönlichem Interesse, die Auflassung eines Eisenbahnüberganges erfolgt in einem eisenbahnrechtlichen Verfahren. Das war noch vor deiner Zeit, Lisa, ich habe gar nicht vor, dir da, eigentlich deinem Vorgänger, der als Verkehrsreferent ja die Möglichkeit hatte, die Auflassung dieses Eisenbahnüberganges, der ja eine Gemeindestraße über die Bahngleise geführt hat, zu verhindern, indem er einfach nicht zustimmt, solange es keine Lösung gibt. Und es ist immer möglich, eine solche Lösung zum Beispiel auch von den österreichischen Bundesbahnen zu verlangen, also eine entsprechende Verkehrslösung, die eine Unterführung oder die Finanzierung einer Unterführung oder eine Ausweichstrecke möglich macht. Und daher stelle ich mir die Frage, vor allem weil die Kollegen von der ÖVP jetzt so empört tun, haben die damals geschlafen, hat der Verkehrsreferent nichts davon gewusst, ist er vielleicht von seinen Mitarbeitern nicht informiert worden, war es ihm egal, dass die Göstinger und

Göstingerinnen da praktisch vom Rest von Graz abgeschnitten werden? Viele ältere Leute, Schulkinder usw. die große Umwege in Angriff nehmen müssen? Hat er sich um andere Dinge gekümmert, die für ihn wichtiger waren als diese Anbindung von Grazerinnen und Grazern an das Verkehrsnetz? Diese Frage ist bis heute überhaupt weder gestellt noch beantwortet worden und ich finde, dieses Versäumnis jetzt der jetzigen Verkehrsreferentin auf den Rücken zu laden, ist nicht ganz fair. Trotzdem ist sie natürlich auch gefordert, eine Lösung zu finden und Lösung kann nur bedeuten, dass es zu einer unmittelbaren und direkten Anbindung, zumindest zu einer fußläufigen Anbindung, für diese Menschen kommt und sie nicht hunderte Meter weite Umwege in Angriff nehmen müssen. Weil dann kannst du alles, was du gesagt hast über die Forcierung des nicht motorisierten Individualverkehrs auf der Stelle vergessen, das ist in Wirklichkeit die Nagelprobe, an der wir sehen werden, welche Lösungen tatsächlich zustande kommen können und der Herr Verkehrsreferent, der jetzt Finanzreferent ist, sollte vielleicht in Zukunft ein bisschen genauer auf seine Arbeit achten, dann könnten wir uns solche Debatten ersparen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Herper:** Wenn ich den Sommer so vorüberpassieren lasse, Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, so habe ich den Eindruck gewonnen, auf Grund der medialen Berichterstattung und der Äußerungen aller Fraktionen, es wird doch möglich sein, jede Fraktion bemüht sich, jede setzt sich ein, eine gemeinsame Manifestation in der Weixelbaumstraße zu erreichen. Ich habe das Angebot gemacht, machen wir einen gemeinsamen dringlichen Antrag in der Sache, um gegenüber den anderen Gebietskörperschaften, gegenüber der ÖBB und unter Hintanstellung von Wahlkrämpfen und Wahlkämpfen eine gemeinsame Stellungnahme der Stadt doch in Richtung der anderen Gebietskörperschaften zustande zu bringen. Das war mein Angebot im August, ich habe dann lange nichts gehört, ich habe dann mit der Vizebürgermeisterin in Anschluss an den Umweltausschuss und mit dem Kollegen Mayr und dem Kollegen Wippel, zu der wir gebeten wurden, haben gerne teilgenommen und habe gesagt, das ist das Angebot das gemeinsame. Um mit der Kollegin Daniela Grabe zu zitieren aus dem Falter, „man muss halt aufpassen beim Koalitionspartner wie ein Haftelmacher“ wahrscheinlich, denn zugegangen ist uns, verständlicherweise, gestern war Abgabefrist um 16.00 Uhr, ein eigener dringlicher

Antrag der ÖVP, Kollege Gemeinderat Peter Mayr hat ihn gestellt, ich habe im Gespräch mit dem ÖVP-Clubobmann, nachdem wir beide einer militärischen Organisation angehören, der Kollege Clubobmann Hofrat Peter Piffel und ich, habe das genannt friendly Fire, so nennt man das, wenn man meint, man gäbe Unterstützung der Vizebürgermeisterin, aber schießt auf sie und so ist auch der dringliche Antrag zu verstehen gewesen. Ich verstehe das Rumoren der Grünen verständlicherweise. Ich hörte, dass Peter Mayr den dringlichen Antrag zurücklegte und dafür jetzt diese mündliche Anfrage gestellt hat. Ich sage halt, ich meine, ich habe den Falter noch einmal schön zitiert, „ja, wir streiten“, offensichtlich wird so gestritten, dass man sich nicht einigen kann auf eine gemeinsame Vorgehensweise, einmal innerkoalitionär, ja wir streiten so, dass es nicht möglich ist, mit allen Fraktionen eine Manifestation als Stadt zur Weixelbaumstraße gegenüber allen anderen Gebietskörperschaften und zur ÖBB wirklich unterzubringen, es ist nicht möglich und ich höre, dass Schwarz/Grün auch unserem Dringlichen, den die Kollegin Mag.a Susanne Bauer stellen wird, nicht die Zustimmung geben wird. Das ist eine Schande, so kann man miteinander nicht umgehen, es wäre mir lieber, wenn wir uns zusammensetzen, gemeinsame Anträge formulieren, wenn es nicht geht, dann geht es nicht, aber wenn es um eine wichtige sachliche Angelegenheit geht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, nicht nur in Gösting, sondern da drüber hinaus, dann wird es doch möglich sein in dem Haus, eine gemeinsame Linie zu finden (*Applaus SPÖ*). Aber wir sollten auch zur Sache kommen und auch gemeinsam handeln. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Mayr:** Lieber und hochgeschätzter Herr Klubobmann der SPÖ, Kollege Herper! Die Einzigen, die hier streiten wollen und die hier Wahlkampf führen, das seid ihr, das beweist deine Wortmeldung, nichts anderes beweist die Wortmeldung (*Applaus ÖVP*). Zunächst einmal ganz kurz zur Abfolge der letzten Jahre. Es ist einfach klar, und da waren wir uns auch einig vor Ort bei allen Gesprächen, ein Bahnübergang, der mindestens 16 von 24 Stunden, also eigentlich die meiste Zeit des Tages, geschlossen ist, ist, wenn er bestehen bleibt, ein Sicherheitsrisiko. Deswegen gab es immer schon die Bemühungen, eine andere Lösung herbeizuführen, die Frau Vizebürgermeisterin hat es ausgeführt. Die finanzielle Unterstützung der ÖBB war

natürlich immer gegeben, wie du das auch richtig gesagt hast, auch diese Mär oder diese historischen Verklärungen, dass hier ein Nationalrat der SPÖ erst diesen Finanzierungsanteil möglich gemacht hat, ist ja nicht ganz richtig und es gibt eben die intensiven Bemühungen, die im Laufen sind und nahezu abgeschlossen sind. Und deswegen haben wir auch, die Frau Vizebürgermeisterin hat das ja in dem informellen Gespräch nach dem Umweltausschuss auch im kleinen Kreis berichtet, gibt es derzeit keine Dringlichkeit, weil alles, was mit den Anrainerinnen und Anrainern ausgemacht ist, ist im Laufen und jetzt einen dringlichen Antrag zu stellen, das ist reiner Wahlkampf. Und es ist vollkommen richtig, wir haben das friendly Fire versucht, damit nicht genau das eintritt, was ihr jetzt auch versucht habt, nämlich den Anrainerinnen und Anrainern vermittelt wird, es braucht einen dringlichen Antrag, damit hier irgendeine bauliche Maßnahmen passiert. Eine Dringlichkeit ist nicht notwendig, es ist alles im Laufen, deswegen sind wir auch zu unserer Vorgangsweise gekommen, haben aber befürchtet, dass genau das passiert, was passiert ist, nämlich, dass ihr zu den Anrainern geht und sagt, die ÖVP und die Grünen tun so, als wenn sie was arbeiten würden, deswegen müssen wir jetzt unbedingt einen dringlichen Antrag stellen und die Anrainerinnen und Anrainer mit falschen Informationen aufmunitioniert haben. Und genau das wollten wir vermeiden, es ist sehr wohl so, dass hier alle an einem Strang ziehen, aber es ist alles im Laufen, die Frau Vizebürgermeisterin hat das ausführlich berichtet und in den nächsten Wochen und Monaten gibt es die weiteren Fortschritte und in diesem Sinne, glaube ich, gibt es keinen Bedarf nach weiteren dringlichen Anträgen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Schönberger**: Meine Kolleginnen und Kollegen! Es wurde eigentlich von Gemeinderat Peter Mayr schon alles sehr ausführlich gesagt. Ich möchte noch einmal nur betonen, dass es ein Sicherheitsrisiko ist, wenn der Bahnschranken weiterhin geöffnet wäre, deshalb fordern wir Göstinger eine Unterführung. An der Lösung wird gearbeitet, wie wir gehört haben und deshalb bin ich davon überzeugt, dass dieses Projekt für Gösting gut ausgehen wird, man wird sich vehement darum kümmern und deshalb bin ich guter Dinge, dass dieses Projekt für Gösting im November dann ins Rollen kommt. Danke sehr (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Gemeinderat Schönberger hat auf die Jahreszahl vergessen, in was für einem Jahr dann die Unterführung kommen wird. Aber lassen wir kurz Revue passieren, die Geschichte ist kein Wahlkampf, sondern die Unterführung oder der Bahnübergang Weixelbaumstraße wurde vor drei Wochen geschlossen und zwar gegen den Willen der Bevölkerung. Der gesamte Stadtbezirk Gösting ist somit filetiert und die Mobilität ist tief eingeschränkt. Das sehe ich jeden Tag, weil im Gegensatz zu einer Unterstellung der Vizebürgermeisterin, der gebürtigen Salzburgerin, die mir ständig unterstellt, ich bin ständig in Deutschlandsberg, in Klagenfurt oder wo auch immer, bin halt im Gegensatz zu dir ein urbaner und global denkender Mensch offensichtlich, egal, wohne ich direkt ums Eck und sehe, wie jeden Tag 14-Jährige über den Zaun geklettert sind, sich Löcher im Zaun gesucht haben, eine Mutter mit ihrem Kinderwagerl drübergefahren ist, ein paar Sekunden später braust der Zug vorbei, jedenfalls die Situation derzeit ist nicht tragbar und daher treten wir dafür ein, dass die ÖBB sehr wohl den Bahnschranken wieder aufmacht und ihn zumindest so lange offen hält, bis wir seitens der Stadt auch mit Unterstützung der ÖBB Ersatzmaßnahmen gefunden haben. Und mir ist es doch lieber, wenn der Bahnschranken von mir aus sechs/sieben Stunden nur am Tag offen sein soll, der derzeitige Zustand, wo eine wegschauende Politik sich selbst dafür verantwortlich macht, dass demnächst, und ich hoffe wirklich nicht, aber demnächst dort einmal etwas passiert. Und die Kostenfrage der ÖBB lasse ich nicht gelten, ich lasse auch die Kostenfrage der ÖBB nicht gelten in Bezug auf Aufrechterhaltung des Bahnüberganges. Ich habe ein Päcklein mitgebracht, was denn die ÖBB allein in ihren Sitzungen des Vorstandes der ÖBB-Holding an Ausgaben hat, die hinterfragenswert sind. Tageszeitung heute, 335.000, Vorarlberger Nachrichten 188.000, News 155.000, Live heute 157.000, ständig Inseratenrechnungen, die das Aufsichtsorgan Faymann für eigene PR-Artikel in Schaltung gibt, aber für die Weixelbaumstraße hat diese ÖBB nicht einmal 70.000 Euro für Maßnahmen, damit wir zumindest ein/zwei Jahre den Bahnübergang noch offen halten, das versteht niemand. Das versteht, Herr Altabgeordneter Hagenauer, das verstehen wahrscheinlich Sie nicht, das versteht kein Mensch in diesem Haus. Wenn Sie ein Problem mit Orangen haben, dann weiß ich nicht, tun Sie sich zur Stressbewältigung Orangenbäumchen auf Ihr Nachtkäschen stellen, schauen Sie sie an und dann geht jede Psychose weg, das ist kein Problem. Das ist unser Vorschlag, treten wir als

Stadt Graz dafür ein, gerade in einer Phase, wo wir wissen, dass der Eigentümerversorger Faymann sich gerade im Wahlkampf befindet und daher auch unter Beobachtung ist, treten wir jetzt bei ihm ein, dass er den Bahnübergang wieder öffnen lässt und wir ihn zumindest so lange offen lassen, bis die Politik einen richtigen Ausweg Überführung, Unterführung, was auch immer, gefunden hat. Denn selbst die Unterführung würde von der Planung, von der Genehmigung her Jahre dauern und das weiß jeder. Wir wissen nicht, ob wir Grundstücksenteignungen dort machen müssen, wir wissen nicht, ob die Grundstücksnachbarn freiwillig, wir wissen nicht, ob Einsprüche kommen werden auch gegen das Projekt einer Unterführung, wir wissen bis heute nicht, wie die Unterführung behindertengerecht gebaut werden soll, das ist jeder hier in diesem Raum der staunenden Öffentlichkeit in Gösting schuldig und die Menschen in Gösting werden eineinhalb Jahre, zwei Jahre auf die lange Bank geschoben und vertröstet, es wird irgendwann einmal eine Unterführung kommen und das will ich nicht, daher werden wir auch beim dringlichen Antrag der Sozialdemokratie ihn unterstützen, aber auch einen Zusatzantrag dann einbringen, wo wir auch eine Resolution oder eine Petition an den zuständigen Bundesminister für Verkehr Faymann vorschlagen, als Eigentümerversorger auf die ÖBB einzuwirken, dass hier der Bahnübergang Weixelbaumstraße abgesichert mit der nötigen Infrastruktur selbstverständlich, dass niemand gefährdet ist, geöffnet wird und erst dann geschlossen wird, wenn die Stadt Graz in Verhandlungen mit dem Bund eine Ersatzlösung gebaut hat. Ich danke.

GR. Wippel: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Auch die KPÖ wollte ursprünglich einen Antrag zur Weixelbaumstraße einbringen, vor allem deshalb, weil mein Kollege Christian Sikora im Juli einen persönlichen Brief an den Bürgermeister, an die Vizebürgermeisterin und an die ÖBB gerichtet hat, der leider nie beantwortet wurde. Aber im Anschluss an den Gemeindeumweltausschuss hat es eine Besprechung gegeben und darum muss ich jetzt hier wirklich zur Ehrrettung des Klubobmannes Herper sagen, es stimmt, dort haben wir ausgemacht, wir machen einen gemeinsamen dringlichen Antrag, um der Bevölkerung zu signalisieren, wir nehmen die Bedenken ernst. Ob es jetzt Wahlkampf ist oder nicht, das geht mich hier wirklich gar nichts an, aber das war damals ausgemacht, dass es jetzt nicht so der

Fall ist, war sehr befremdend für mich, als ich dann plötzlich zwei verschiedene Anträge von SPÖ und ÖVP gesehen habe und auch die SPÖ uns nicht als Mit Antragsteller hinaufgenommen hat, aber das ist wurscht. Wir unterstützen den Antrag der SPÖ natürlich, aber nicht aus parteitaktischen Gründen, sondern wirklich, um der Bevölkerung zu signalisieren, es ist dem Gemeinderat der Stadt Graz wichtig und vor allem auch deshalb, weil das so damals nach dem Gemeindeumweltausschuss ausgemacht war (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Zunächst einmal möchte ich ganz einfach von meiner Seite aus sagen, dass jedenfalls der Übergang der Weixelbaumstraße sicherlich mit gemeinsamer Unterstützung gelöst werden muss und gelöst werden soll. Ich möchte einfach kurz drauf eingehen auf die Vorwürfe, wir hätten, seitdem das bekannt war, nichts getan, weil das einfach schlicht und ergreifend falsch ist. Wir sind relativ spät von den ÖBB schriftlich informiert worden, dass der Übergang der Weixelbaumstraße gesperrt wird, Gründe dafür waren innerbetriebliche, wegen des Verschiebens, Köflacher Bahnhof, weil es nicht mehr in dem Ausmaß möglich ist und deshalb die ÖBB das Gleis bis zur Weixelbaumstraße im erhöhten Ausmaß benötigen wird, die ÖBB hat uns aufmerksam gemacht, dass sie diesen Übergang sperren möchte. Wir haben das technisch geprüft und haben dann mitgeteilt, dass das aus technischen Gründen aus unserer Sicht in Ordnung geht und zwar deshalb, weil die Öffnungszeiten ganz systematisch und radikal reduziert werden. Die Öffnungszeiten des Übergangs sind jetzt schon viel geringer geworden und es geht dann hinaus auf ein paar Stunden pro Tag, wobei diese Stunden zum Großteil in der Nacht stattfinden. Es ist jedenfalls klar gewesen, dass auf Grund der erhöhten Inanspruchnahme der Übergang dort de facto mit oder ohne Bahnschranken zu einer erschwerten Mobilität der dort Wohnenden führt. Wir haben der ÖBB mitgeteilt, dass wir auch nur dann zustimmen, wenn eine Lösung gefunden wird. Meine letzten Informationen als Verkehrsstadtrat oder die letzte Situation war, dass zunächst an eine Überführung gedacht wurde, es wurde an eine Überführung gedacht, die damals knapp 1,5 Millionen Euro gekostet hätte. Wir sind dann mit den Österreichischen Bundesbahnen in intensive Verhandlungen über diese Möglichkeit eingetreten, es hat sich herausgestellt, dass diese Kostenschätzung nicht zu halten

gewesen wäre, es wäre viel teurer geworden, die ÖBB aber nicht weiter bereit gewesen wäre für einen finanziellen Zuschuss. Zum Zweiten haben wir dann auf Grund von anderen Überführungen während des HL-AG-Baus die Feststellung gemacht, dass gerade diese Überführungen sehr vandalismusanfällig sind und wir hätten selbstverständlich auch einen Lift einbauen müssen, um eine Lösung für die Radler und für die Behinderten zu ermöglichen. Letztlich hat das dann alles dazu geführt, dass die Variante der Überführung wieder aufgegeben wurde und dass die Suche nach weiteren technischen Möglichkeiten gesucht wird. Ich will damit schlicht und einfach sagen, ich gebe zu, dass es zu keiner Lösung noch in meiner Zeit damals gekommen ist, aber wir haben das Problem selbstverständlich, übrigens auch in enger Abstimmung mit dem Bezirk, sehr, sehr ernst genommen, aber es gibt halt eben manche Probleme, die man nicht von heute auf morgen lösen kann. Ich beneide in diesem Zusammenhang die Frau Vizebürgermeisterin nicht, weil ich weiß, dass das ein schwieriges Problem ist, aber ich kann das nur nochmals sagen, wir haben damals selbstverständlich uns intensiv befasst und drum würde ich mir auch wünschen, dass man da relativ rasch zu einer Lösung kommt (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich muss noch ganz Klares zum Thema Weixelbaum an dieser Stelle sagen. Ich habe, und insbesondere deswegen, weil hier so wahlkampf-tauglich die Bürgernähe aller Fraktionen demonstriert wird am Beispiel Weixelbaum, ich habe mein Amt übernommen als Verkehrsreferentin, bin ressortmäßig nicht einmal zuständig für die Weixelbaumstraße, bin aber zuständig für die Wege in der Stadt, deswegen habe ich die Verantwortung übernommen insofern, dass ich davon ausgegangen bin, als ich das Amt angetreten habe, also an einem Punkt angetreten habe und null Information hatte, außer an dem Tag der Übergabe habe ich erfahren, es gibt ein Problem. Beide Fraktionen in der Regierung haben schon davor Bescheid gewusst. Gerhard Rüschi hat ja beschrieben, was passiert ist, es hat keine Entscheidung gegeben zu dem Zeitpunkt, wo ich angetreten bin, weil technisch eben keine Lösung zustande zu bringen war. Ich habe zu einem Zeitpunkt das übernommen, wo ich eigentlich überrascht war, dass es dort eben nichts gibt, weil ich gar nicht gewusst habe, dass dort ein Problem besteht. Dann bin ich diejenige gewesen, die das erste Mal dorthin gefahren ist, habe mir dann dort vor hunderten

Menschen unter konzertierter Aktion aller Fraktionen, die da fleißig Stimmung gemacht haben, habe ich mir dort die Wut, die berechtigte Wut, die berechtigte Aufregung der Bevölkerung anhören dürfen und zu Recht habe ich das wahrgenommen, zugespitzt zu einem Maße, es war ja schließlich nur ein paar Monate bis zur Schließung des Bahnschrankens. Meine MitarbeiterInnen haben sich nebenbei als MörderInnen beschimpfen lassen dürfen, also prinzipiell habe ich den Kopf für etwas hingehalten und meine MitarbeiterInnen, wo ich ein Erbstück annehme, wo im Vorfeld aus verschiedenen Gründen manche Lösungen nicht erzielt werden konnten, es wurde ja auch kein Geld noch vorgesehen auf Seiten der Stadt zu dem Zeitpunkt. Soviel zur Verantwortungsübernahme und zur BürgerInnennähe aller Fraktionen in dieser Sache. Jetzt stehen da alle herinnen und sagen, wir wollen alle dasselbe, aber wir brauchen jetzt jeder einen eigenen Antrag und wir müssen uns jetzt gegenseitig beweisen, dass wir die Näheren an dem Problem Weixelbaum sind. Ich möchte noch deutlich sagen, eine Bahnschrankenöffnung zu einem Zeitpunkt wie jetzt, ich bin ein Friedhofsgassenbenutzer gewesen zu den Zeiten, also dort noch ein Bahnübergang war, täglich dort mit dem Fahrrad gestanden, weil auch dort der Bahnschranken laufend zu war. Ich habe dort laufend beobachtet, wie dort Menschen den Bahnübergang überquert haben, obwohl der Bahnschranken geschlossen war, extrem gefährliche Situationen entstanden sind in einer völlig anderen Situation. Weniger Geleise und viel langsamerer Verkehr, weil er viel näher am Bahnhof war. In Gösting haben wir die Situation, dass wir ja den Takt erhöht haben bei der S-Bahn, dass dort eine Geschwindigkeit stattfindet, dass wenn dort Querungen außerhalb der Öffnungszeiten stattfinden würden, es gibt den Schranken nicht mehr, aber in der Zeit, die der Herr Grosz meint, er muss den Schranken dort aufrecht erhalten, die ein Risiko darstellen, das ich selbst, und ich glaube, niemand da herinnen tragen würde können. Das heißt, eine Bahnschrankenschließung war dort unumgänglich, da kann man sagen, das hätte die Stadt verhindern müssen, dann hätte die Stadt sagen müssen, Südbahn, bitte zieh aus Graz ab, aber wir wissen, wo das hinführt, wenn wir da weiterdiskutieren. Ich würde noch einmal ganz klar sagen, also die Rollen da herinnen sind verteilt, ich darf den Schädel hinhalten und ihr tut da herinnen Wahlkampf machen und Weixelbaum...*(unverständlich)*

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Mariacher:** Frau Vizebürgermeisterin, ich habe das nicht als passend empfunden, tut mir Leid, das ist das eine. Das Zweite ist, die Weixelbaumstraße ist wirklich zu einem Symbol geworden in Graz, dass vieles nicht richtig läuft. Es kann mir keiner erzählen, dass man das nicht so entsprechend hinbringt, wie auch immer die Lösung aussieht, dass wenn ich den Bahnübergang schließe, dass ich nicht eine Ersatzlösung finde, die weiterhin für die dort lebenden BürgerInnen entsprechende Sicherheit bietet. Und es gilt ein alter Rechtsgrundsatz, wenn man die Sicherheit nicht entsprechend gewährleisten kann und hier Gefahrenpotentiale entstehen, dann ist auch für die Stadt Graz Gefahr im Verzug und ich sage Ihnen, es kann jeden Tag etwas passieren und ich bin gespannt, wie Sie dem Zugführer nachher begegnen, der traumatisiert jemanden überfahren hat und möglicherweise seinen Beruf nicht weiter ausüben kann, wie sie einer Mutter gegenüber treten, wenn das Kind dort entsprechend schwer verletzt oder gar tot ist. Ich wünsche uns allen, dass das nicht passiert. Danke (*Applaus FPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler:** Vorhin habe ich noch gemeint, die Verkehrsreferentin treffe keine unmittelbare Schuld, nur eines muss man schon sagen, ausgerechnet die Grünen, die ja eigentlich aus einer Bürgerbewegung entstanden sein wollen, die viele Bürgerversammlungen mitgestaltet haben, auch nicht immer ganz ohne Emotionen, wenn wir einmal ganz ehrlich sind, wollen sich jetzt da beschweren, dass bei Bürger und Bürgerinnen die Emotionen hochgehen. Ich verstehe die Welt nicht mehr, weil es ist ja der nächste Paradigmenwechsel passiert, die Grünen fühlen sich für die Bürgerinteressen offenbar nur mehr von oben herab zuständig, weil sonst kann man ja nicht sagen, die Emotionen, die dort waren, die halte ich nicht aus oder so irgendwas. Es ist einfach etwas nicht richtig, was du gesagt hast (*Applaus SPÖ*). Ich hätte gerne die Aufmerksamkeit der Verkehrsreferentin gewonnen, aber das gelingt mir offenbar nicht. Es ist nicht richtig, dass es notwendig war, dass die Stadt Graz der Schließung des Bahnüberganges zustimmt, das ist nicht wahr. Und ich weiß das

deshalb so genau, weil ich über zehn Jahre lang als Eisenbahnbehörde und Verhandlungsleiter der Eisenbahnbehörde für genau diese Hauptstrecke zuständig war, ich kenne jeden Eisenbahnübergang auf dieser Strecke, weil ich sie zu Fuß abgegangen bin, was dir eigentlich sympathisch sein müsste. Also jeder kleine Landbürgermeister, der sich für seine Gemeindebürger und Gemeindebürgerinnen einsetzt, und das habe ich hunderte Mal erlebt, weiß, dass da ein Problem entsteht, sagt nein zur Auflassung eines Bahnüberganges. Und da können sich die Bundesbahnen auf den Kopf stellen, da können sie machen, was sie wollen, dann passiert das einfach nicht. Es wäre notwendig und möglich gewesen, dass man zuerst die Lösung hat und dann der Auflassung des Übergangs zustimmt, das wäre die richtige, vernünftige und korrekte Vorgehensweise gewesen. Das hat man versäumt und deswegen gibt es jetzt die großen Probleme. Und wenn du sagst, dass du immer wieder beobachtet hast, dass Leute am Eisenbahnübergang beim Schranken vorbei über die Gleise gegangen sind, das ist eine richtige Beobachtung. Noch öfter kannst du beobachten, dass Leute, wenn sie keinen Eisenbahnübergang haben, die Strecke queren und das ist noch viel gefährlicher. Es ist daher unbedingt notwendig, dass es zu einer Lösung kommt, weil die Menschen da drüber müssen und das hat man verschlafen, nicht du, Lisa, nicht du hast es verschlafen, sondern dein Vorgänger hat es verschlafen, ressortmäßig. Und ich hoffe, dass du ein besseres Auge auf die Notwendigkeiten und auf die Bedürfnisse der Grazer Bevölkerung legst, aber jetzt so zu tun, als ob das nicht notwendig ist und berechtigtes Anliegen der Bevölkerung einsetzt und dir das unsympathisch ist, das halte ich schlicht und einfach für unseriös (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Schönberger**: Nachdem sich einige Kolleginnen und Kollegen zu Wort gemeldet haben, möchte ich mich auch ganz kurz noch einmal zu Wort melden. Stadtrat Riedler, ich weiß ja nicht, was die SPÖ dazu beigetragen hat in den letzten Jahren zum Thema Weixelbaumstraße und die zweite Sache betrifft ein kleines Bonmot von Gerald Grosz, Kollege hinten, der meint, er sehe Kinder und Eltern über den Bahnübergang laufen, da möchte ich wissen, wie du lieber Kollege über die hohen Thujen, die in die Breunerstraße rauswachsen, überhaupt drübersiehst. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag.a **Bauer**: Es war jetzt auch nicht unspannend, die Wortmeldungen vor mir zu hören und zum einen möchte ich mich entschuldigen, dass bei der KPÖ-Fraktion, wenn es nicht klar drübergekommen ist von meiner Seite in der Wortmeldung, dass es ein gemeinsamer Dringlicher war, also für mich war es klar, dass die Botschaft vorher ausgetauscht wurde und dass es auch so ist. Das Thema ist nicht neu und ich bin jetzt etwas erstaunt in mehrerlei Richtungen. Zum einen, Frau Vizebürgermeisterin, ich muss dich fast ein bisschen bedauern, es hat mit dem ein Thema getroffen, das schon sehr alt ist, es ist seit mindestens zwei Jahren schon in Bezirkszeitungen, im Bezirksrat darüber gesprochen worden, dass die Weixelbaumstraße geschlossen wird. Das ist schon klar, und es ist aber bis heute noch keine Lösung da und ich glaube, es trifft dich jetzt besonders, zum einen, weil du selbst neu bist in dieser Funktion und zum Zweiten, weil dein politischer Zugang ein ganz anderer ist, hier für Durchlässigkeit zu sorgen, die sanfte Mobilität zu forcieren und auf einmal geht es nicht mehr. Ist natürlich eine schwierige Situation. Aber auch Herr Stadtrat Rüschi, es ist zwar recht nett, wenn Sie sagen, ja, wir haben verhandelt mit den ÖBB, Faktum ist, es ist bis heute kein Ergebnis da. Auf der Grazer Homepage kann man sehr wohl nachlesen, Sie haben ja gerne Unterführungen eröffnet und wie toll das ist und Sie haben das auch toll besprochen. Ob es die Gradnerstraße, die Mitterstraße, die Kapellenstraße war, Unterführungen sind wichtig für das Stadtgebiet, für die Menschen in der Stadt und ich muss mich wirklich fragen, ob es nicht möglich gewesen wäre, die Weixelbaumstraße in all diesen Verhandlungen zu berücksichtigen und sofort mit hineinzunehmen (*Applaus SPÖ*). Das Nächste, Herr Kollege ehemaliger Bezirksvorsteher, Herr Schönberger, es ist schon klar, dass auch du damit befasst, wo ist er der Herr Kollege, auch dass du damit befasst warst und du weißt sehr gut, dass die Bezirksvertretung gemeinsam über alle Fraktionen eingetreten ist für eine Lösung. Dass die finanzielle Unterstützung auch vom ehemaligen Bezirksvorsteher gekommen ist, war auch klar und ich möchte das jetzt hier richtig stellen. Klar war, und die ÖBB hat gesagt, wir zahlen 750.000 Euro für eine Überführung, weil ja in der nächsten Ebene eine Unterführung ist und hier war es gelungen, eine Umwidmung zu erreichen. Also hier hat sich der jetzige Nationalrat Michael Ehmann natürlich sehr eingesetzt. Aber etwas, was von dir auch enttäuschend ist, sehr geehrter Herr Kollege, ist das, dass deine Kampfansage von gestern bis heute dauert. Im Bezirksblatt schreibst du, wir werden kämpfen, wir werden uns dafür einsetzen und jetzt Herr Kollege Mayr, also

diese Anfrage, es wäre schön gewesen, wenn du auf deinen dringlichen Antrag, so wie du es geplant hast, du warst vor Ort, du hast es gesehen, es war notwendig oder es ist hier notwendig, eine Verbindung herzustellen. Eigentlich hast du jetzt mit dieser Änderung die Sorgen und das Bestreben der Bevölkerung, dass wir uns einsetzen für eine Lösung, mit dieser mündlichen Anfrage degradiert. Also, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie nochmals, das zu überdenken, bis wir den dringlichen Antrag einbringen, ich glaube wirklich, dass es nicht zuviel verlangt ist, dass wir die zuständigen Stellen hier im Magistrat auffordern, eine Lösung zu erarbeiten. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Lieber Wolfgang Riedler, nur deshalb, weil du bei der Eisenbahnbehörde warst, glaube bitte nicht, dass es nur eisenbahnrechtliche Probleme gibt auf der Welt. Wir wurden von der ÖBB aufmerksam gemacht, das selbstverständlich nicht im Zusammenhang wegen des HL-AG Ausbaus, sondern es ist ja viel später gekommen, das ist ja nur eines der Probleme, dass wir sehr spät informiert worden sind von der ÖBB, dass dort der Schranken in der Spitzenstunde eben nach Einrichtung dieses elektronischen Stellwerks, der Schranken zwischen 60 und 70 % geschlossen ist, und zwar Spitzenstunde ist, wenn die ganzen Schülerinnen und Schüler dort sind, über das Bahngleis gehen wollen, da ist der Schranken gesperrt. Aus diesem Grunde war für uns klar, das kann keine Lösung sein. Und deswegen ist es nicht verabsäumt worden von uns damals, sondern wir haben das genau analysiert und dann haben wir gesagt, wir müssen eine andere Lösung schaffen. Ich bin durchaus für die Petition, die der Gerald Grosz vorgeschlagen hat, an den Minister Faymann (*Applaus GR. Grosz*), danke für den Zwischenapplaus, aber bitte nicht mit dem Inhalt, den Schranken wieder zu öffnen, das bringt uns nichts, sondern mit der Unterstützung für eine finanzielle Erleichterung zu sorgen. Das war nämlich durchaus das Problem, sonst hätten wir auch eine Lösung. Also planerisch wird es vorbereitet von der ÖBB und auch von der Planungsabteilung, bitte Petition an den Verkehrsminister Faymann, er möge auch an die Grazerinnen und Grazer in Gösting denken und möge dort eine höhere Finanzierung lockermachen, dann können wir das möglichst schnell umsetzen.

Zwischenrufe unverständlich.

Dr. **Rüsch**: Es geht nicht um den Bundeskanzler, Gott sei Dank geht es nicht um den Bundeskanzler, weil der ist überhaupt nicht mehr da, sondern es geht um den Verkehrsminister zunächst.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte dem Gemeinderat nur mitteilen, dass wir bei der zweiten Anfrage sind und auch noch nicht bei Anträgen oder dringlichen Anträgen und möchte vielleicht auch abschließend bei der jetzigen Diskussion, kommt ja dann bei der dringlichen, ist ja noch einmal die Möglichkeit, um sich zu Wort zu melden, aber ich möchte vielleicht schon noch einmal anmerken, dass wir einfach vor der technischen Problematik stehen. Es hat überhaupt noch keine Fraktion da herinnen gesagt, sie wollen das nicht. Wir wollen den Menschen, die dort sind, nicht solche langen Wege zumuten. Es gibt eine Ausweiche, aber die Definition, wie weit das sein darf und wie weit nicht, wurde da noch nicht geführt. Wenn man drei Kilometer gehen muss, ist es zu weit, bei der nächsten Anfrage sind wir dann schon bei der Postamtsdiskussion und dort haben wir es leider auch und wir werden immer wieder die Problematik haben, gerade wenn es um schienengebundene Verkehrssysteme geht, ob wir denen einen Vorrang einräumen oder nicht und wenn sich herausstellt, dass das unzumutbar ist und alle Gemeinderatsfraktionen der Meinung sind, dass wir dort bei der Weixelbaumstraße eine technische Lösung machen müssen, dann müssen wir der Frau Vizebürgermeisterin als zuständiges Stadtsenatsmitglied die Möglichkeit geben, diese Lösung auf den Tisch zu legen und dann hat sie die Zusicherung eigentlich von uns allen, dass wir das auch budgetär möglichst mit der ÖBB gemeinsam umzusetzen. Das wird noch ein bisschen dauern und deswegen würde ich sagen, das ganze Hickhack können wir uns sparen, und wieso die Volkspartei auch gesagt hat, den dringlichen Antrag jetzt bitte nicht, ist einfach auch deswegen, weil mir Kollegin Lisa Rücker als Stadtsenatsreferentin und uns klarmachen kann, dass sie momentan alles tut, was man tun kann, also ist es im

Moment für uns nicht dringlich und wir haben den eigenen Dringlichen zurückgezogen, aber dazu kommen wir dann eh später. Wenn jetzt bei der Anfrage...

Zwischenruf Herper unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Was war nicht freundlich? Noch einmal, über Freundlichkeiten werden wir uns noch einmal austauschen. Es ist in allen Parteien so, dass es Gemeinderatsmitglieder gibt, die da gerne schon eine Lösung hätten, aber wenn es eine gäbe, läge sie schon am Tisch. Jetzt müssen wir technisch was Neues suchen und ich glaube, es will keiner einen unterirdischen Tunnel, wo de facto sich kein Mensch hineintraut. Es wird wahrscheinlich dann technisch eine oberirdische Lösung werden, da brauchen wir aber eine Liftlösung, da wissen wir, da wird der Vandalismus wieder da sein, es ist eh schon alles gesagt worden. Es wird sehr kostspielig sein und die Dimension der Überbrückung ist auch nicht ohne. Also nur Freude wird auch diese Lösung nicht bereiten. Friedhofgasse ist bis zum heutigen Tag für mich total unbefriedigend, aber sehen wir bitte auch einmal positiv, dass in den letzten 100 Jahren es überhaupt noch nie so einen Bahnausbau in dieser Stadt gegeben hat und was wir auch schon alles zusammengebracht haben, nämlich von besseren Gleisen, von Lärmschutzwänden, die es bisher in diesem Ausmaß noch nie gegeben haben, stellen Sie sich wirklich einmal hinter den Zentralfriedhof nur einmal hin und hören Sie sich einmal an, wie jetzt Züge vorbeifahren und wie das noch vor fünf Jahren geklungen hat. Also wir haben viele Verbesserungen, wir haben irrsinnig viel Geld auch als Stadt in die Hand genommen, um die Unterführungen zu schaffen und jetzt werden wir bei diesen beiden Dingen Friedhofgasse und Weixelbaumstraße eine Lösung finden und das sollte man den Bürgern sagen und das sollte man nicht immer nur mit Dringlichen, und ich weiß nicht was alles, probieren. Das ist heute meine Meinung dazu (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt würde ich vorschlagen, dass wir bei den Anfragen gleich zur nächsten Debatte gehen, das leider auch um Infrastruktur und um die Schließung der Postämter geht. Ich kann Ihnen sagen, ich habe erst, nachdem es in den Zeitungen wieder aufgetaucht ist, natürlich auch gleich wieder ein Briefe! geschrieben. Es gibt schon Unterschriftenlisten, die gesammelt werden und, und, und. Es gibt eine Riesens Unzufriedenheit dass Infrastruktur in unserer Stadt leider Gottes dort und da nicht mehr so ist, wie es sich die Bürgerinnen und Bürger wünschen. Wird letzten Endes auch einem Unternehmen am Kopf fallen, das sage ich gleich vorweg, weil das ist kein Service im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und damit auch der Kundinnen und Kunden. Es wird auch dieses Unternehmen gut beraten sein, ernsthaft noch einmal darüber nachzudenken, ob man im Stadtgebiet einfach fast jedes zweites Postamt zusperren kann, wenn ich da zurückdenke. Infrastruktur, Nahversorgung ist ein Riesenthema wir haben auch ältere Menschen und sie werden immer älter und es werden auch immer mehr und da spielt das halt alles eine Rolle, ob man noch eine Chance hat, eine Überweisung zu machen, wenn man kein Internet hat, ob man sein Postpaket und seinen Brief noch holen kann und, und, und. Und es ist zu unterstützen und da sind ja, glaube ich, alle einer Meinung, dass wir das nicht wollen und deswegen gibt es jetzt gleich die mündlichen Anfragen, zuerst von Peter Mayr und dann vom Herrn Gemeinderat Martiner und ich muss schauen, ob noch jemand zu diesem Thema eine Anfrage hat.

2) Postamtschließungen in Graz

GR. **Mayr** stellt folgende Anfrage:

GR. **Mayr**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Herr Bürgermeister hat es jetzt eh schon auch das Wesentliche dazu gesagt. Es ist natürlich grundsätzlich einmal verständlich, dass die Post versucht auf Grund der Liberalisierungsschritte im Postwesen und des hohen Kostendrucks, dem sie dadurch ausgesetzt ist, auch in ihrem Unternehmen ständig über mögliche ergebnisverbessernde Maßnahmen nachzudenken. Allerdings scheint manchmal bei diesen Überlegungen wirklich das Prinzip "Achtung Vorsicht, da kommt ein Kunde" vorzuherrschen, und den Eindruck

hat man wirklich bei den leider fundierten Gerüchten zu den Schließungen der Postämter in Graz, die teilweise ein Einzugsgebiet von 10.000 BewohnerInnen und mehr abdecken und daher auf einen entsprechenden Umsatz verweisen können. Zahlreiche Proteste gegen diese Schließungen haben sich bereits formiert, es gibt auch bereits Resolutionen einiger Grazer Bezirksräte, gestern hat der Bezirk Ries so eine gefasst, aus Waltendorf gibt es diese, es gibt bereits Unterschriftenlisten, in Eggenberg ist man sehr engagiert, Gemeinderätin Gesek auch in Liebenau, Kollege Kvas und Kolleginnen und Kollegen.

Ich stelle daher namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister die

A n f r a g e ,

die du quasi schon beantwortet hast, nämlich ob du bereit bist, bei den zuständigen Stellen der Bundesregierung und der Post eben Gespräche zu führen, welche Maßnahmen jetzt für eine Lösung für eine einigermaßen befriedigende Lösung für die Betroffenen Grazer gefunden werden könnten. Vielleicht auch im Zusammenhang mit der Hilfe von Privaten, es gibt ja die Möglichkeit, dass Postdienste auch von Privaten übernommen werden können.

3) Drohende Schließung von Postämtern

GR. **Martiner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Martiner**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube auch aus zeitökonomischen Gründen hat der Herr Bürgermeister schon fast die Antwort auch schon gegeben auf die Anfrage von Herrn Mayr schon und jetzt meiner auch. Das Gespenst der Postamtsschließungen in Graz, sechs an der Zahl sollten es sein, und auch die Kilometerangaben zu den Postämtern, die nahestehend sind, nahestehend von drei Kilometer bis ein Sprüngerl wäre es dann nur mit 1,2 Kilometer und ich glaube nur, wenn man jetzt gut zu Fuß ist, braucht man da eine gute halbe Stunde

und unsere älteren Grazerinnen und Grazer und Gehbehinderten werden keine Freude haben mit dieser Schließung. Fix ist es noch nicht, es sind noch Presseberichte und wir werden sehen die rote Liste der schließenden Postämter, es sollen dann auch letztlich an der Zahl acht sein und auch Jakomini wird auch schon diskutiert.

Nachdem ich aber davon ausgehen möchte, dass Sie als Bürgermeister der Stadt Graz an einer bestmöglichen infrastrukturellen Versorgung der GrazerInnen und Grazer Interesse haben, sollten Sie auf diesen alarmierenden Bericht ja wohl schon reagiert haben, man sollte dementsprechend beim Bund, bei der Post AG die Sachlage sich aufklären lassen und vor allem auch einen Wirtschaftlichkeitsbericht der einzelnen Filialen zukommen lassen, dass wir dementsprechend auch dagegen handeln können.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

inwieweit Sie Informationen über die bevorstehende Schließung haben für sechs Grazer Postämtern beziehungsweise schon acht, nachgegangen sind und mit welchen Schritten Sie dagegen vorzugehen vor haben? (*Applaus SPÖ*).

4) Geplante Schließung von Filialen der Post AG im Grazer Stadtgebiet

GR. **Sikora** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sikora**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wir schließen weiter, ich hoffe, nicht zum Nachteil der Bevölkerung. Die Antwort auf meine Anfrage haben Sie im Vorfeld eh schon gegeben, trotzdem auch die Anfrage von mir, die kolportierte Schließung von Filialen der Post AG im Grazer Stadtgebiet, und da möchte ich gleich aufzählen insbesondere in Ragnitz, Mariatrost, Peter-Tunner-Gasse, Rösselmühlgasse,

Kasernstraße und Triesterstraße, erzeugt sowohl in der Bevölkerung als auch bei den Angestellten und Betroffenen der Post AG Unverständnis und große Sorge um die Zukunft einer flächendeckenden, effizienten, serviceorientierten und umfassenden postalischen Versorgung im Grazer Stadtgebiet.

Alleine bei der Filiale Ragnitz, das kann mir der Kollege Mayr bestätigen, da waren wir gestern bei der Demonstration einer Tiroler Mineralwasserfirma, würden nach einer Schließung rund 1000 Haushalte und noch dazu einige hunderte aus dem Einzugsgebiet Ruckerlberg, Rieshang, Hart und Kainbach plötzlich ohne leistungsstarke Versorgung dastehen.

Nachdem uns in der Steiermark erst voriges Jahr eine Welle an Schließungen von Postfilialen ereilte, findet diese im Grazer Stadtgebiet anscheinend ihre Fortsetzung. Ich sehe dies als Vorstufe zur Vollprivatisierung der Post AG mit enormer negativer Auswirkung auf Angestellte und Bevölkerung und fordere deshalb eine Grazer Initiative zur Rettung des öffentlichen Eigentums.

Deshalb richte ich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, an Sie folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich gegen die kolportierte Schließung von sechs Filialen oder auch mehr der Post AG im Grazer Stadtgebiet einzusetzen, um die weitere Beibehaltung einer flächendeckenden, serviceorientierten und umfassenden postalischen Versorgung für die Grazer Bevölkerung zu garantieren? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wie gesagt, noch einmal, selbstverständlich bin ich da bereit, ich glaube, es gibt in dem Raum kaum jemand, der sich nicht auch sehr darüber ärgert, dass diese Entscheidungen quasi schon fix sein sollen, dass kaum drüber diskutiert wird. Ein Brief von mir ist auch unterwegs, zumindest einmal zum Unternehmen hin, aber es wird natürlich auch wichtig sein, auf Bundesebene, und das kommt ja auch in den Anfragen heraus, auf Bundesebene da zu intervenieren, es möge bitte aber

auch jede Fraktion für sich nachdenken, welche Möglichkeiten sie da hat, um das zu bewirken, was wir da alle wollen.

6) Aufstockung der Exekutive

GRin. **Krampl** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Krampl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es ist kaum noch nachvollziehbar, wie oft in diesem Haus der Ruf nach mehr Personal für die Grazer Polizei erfolgt ist – in Form von dringlichen Anträgen, in Anfragen, in Anträgen. Geschehen ist bis dato nichts oder wenig, abgesehen von diversen Ankündigungen vor verschiedenen Wahlen, dass jetzt aber der ÖVP-Innenminister von Ihnen überzeugt werden konnte und Graz endlich mehr Exekutivbeamtinnen und Beamte bekommt. Wären diesen wahlbedingten Versprechungen Taten gefolgt, würden sich heute wohl tausende Polizistinnen und Polizisten in Graz gegenseitig auf die Zehen treten. Aber egal, ob es sich um Ihre Sicherheitsgipfel auf Autobahnraststätten, um Ihre Fahrradcops oder um diese und jene Zusage der jeweiligen Innenministerien handelte: Unterm Strich ist trotz Ihrer medialen Ankündigungen nie ein Mehr an Personal herausgekommen.

Entsprechend sieht die Realität aus: Eine erschreckend niedrige Aufklärungsquote von nur 33 Prozent, steigende Kriminalitätsraten, in den Nachstunden nur notdürftig besetzte Wachzimmer und viel zu wenig Streifendienste zeigen nachdrücklich, dass der Personalstand bei der Grazer Polizei nach wie vor viel zu gering ist, dass nicht einmal alle Dienstposten besetzt sind. Von dringend erforderlichen Aufstockungen ganz zu schweigen.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

welche Maßnahmen und vor allem mit welchen zählbaren Ergebnissen Sie gesetzt haben, damit der Personalstand der Grazer Polizei erhöht wird. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Nachdem es da auch noch dringliche Anträge heute zu dem Thema gibt, würde ich vorschlagen, dass wir dann dort diskutieren und wir werden es geschäftsordnungsgemäß erledigen.

7) Abwanderung der Styria-Zentrale nach Wien

GR. **Wippel** stellt folgende Anfrage:

GR. **Wippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der Vorstandsdirektor der Styria Medien AG, Horst Pirker, hat am 12. September 2008 gegenüber der Austria Presse Agentur bestätigt, dass derzeit Verhandlungen über die Abwanderung des Konzerns nach Wien laufen. Ich zitiere: „Das Hauptquartier der Styria Medien AG könnte schon bald in Wien - in der Gegend um den ehemaligen Schlachthof St. Marx entstehen.“ Styria-Vorstand Horst Pirker bestätigt gegenüber der APA "sehr konstruktive Gespräche mit der Stadt Wien" über den Bau der Zentrale in der Bundeshauptstadt. Einen Neubau solle es aber dennoch auch in Graz geben "für die operativen Einheiten" der Styria-Medien.

Die Styria Medien AG ist das bedeutendste Medienunternehmen in der Steiermark, wobei der Standort Graz bisher zahlreiche positive Aspekte hatte. Ein Abwandern der Zentrale nach Wien hätte nicht nur symbolische Bedeutung. Es geht auch um Arbeitsplätze.

In der vorhergehenden Gemeinderatsperiode hat es sehr intensive Verhandlungen zwischen der Stadt Graz und der Styria Medien AG gegeben, um dem Unternehmen

einen Neubau in sehr attraktiver Lage zu ermöglichen. Dabei hat die Stadt ein sehr großes Entgegenkommen gezeigt.

Nun droht aber die Abwanderung von qualifizierten Arbeitsplätzen nach Wien.

Deshalb richte ich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, an Sie folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, Gespräche mit der Styria Medien AG über die oben zitierten Pläne zu führen und den Gemeinderat über Ihre Ergebnisse zu informieren? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, Sie haben da in der APA-Pressemitteilung, die dann auch natürlich in allen anderen Medien Niederschlag gefunden hat, richtig verstanden, dass es jetzt um einen Wettbewerb geht, dem wir ausgesetzt sind. Es geht gar nicht nur allein um Wien, sondern auch Zagreb ist oder war zumindest im Gespräch. Die Frau Vizebürgermeisterin und ich sind vor rund, dass ich nichts Falsches sage, vor rund einem Monat auch von Herrn Generaldirektor Pirker einmal drüber informiert worden, welche Pläne im Gesamtunternehmen jetzt gewälzt werden. Es ist für das Unternehmen ja nicht einfach zu sagen, wo kommt das Headquarter hin, kommt es nach Graz, bedeutet nämlich auch, dass ein Großteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jetzt schon in Wien arbeiten, nach Graz kommen müssten, und umgekehrt würde das auch bedeuten, bis zur ganzen Führungsmannschaft viele nach Wien müssten. Zagreb ist genauso mit im Gespräch, weil mittlerweile auch die Marktanteile und die vielen Zeitungsübernahmen und andere Medien, die sie übernommen haben, auch im südosteuropäischen Raum eine Rolle spielen. Da wird der Aufsichtsrat im September heurigen Jahres, also Ende September, eine Entscheidung fällen und Sie können sich vorstellen, dass beide Metropolen sich ganz schön angestrengt haben, dieses Headquarter jeweils in ihr Stadtgebiet zu bekommen. Genauso groß müssen unsere Anstrengungen sein, es hat deswegen sofort nach dem Gespräch, von mir einberufen, aller zuständigen Beteiligungen und Stellen gegeben, sodass wir auch dann von Herrn Dipl.-Ing. Luser, den wir beauftragt haben, ein Gesamtkompodium erarbeitet und entwickelt haben,

das wir vorgestern dem Herrn Generaldirektor Pirker auch ausgehändigt haben, der Aufsichtsrat wird ein Punkteschema bewerten, wo denn das gesamte Headquarter hinkommt. Für Graz muss das Headquarter bedeuten, dass man aus der Schönaugasse, die ja verkauft worden ist, trotzdem auszieht und dass auf dem ehemaligen Sportklubareal vis-a-vis unserer Stadthalle dann ein kleinerer Bau über die Bühne gehen würde und die restliche Verwertung dann wieder besprochen werden müsste. Das heißt aber dann kein Headquarter und heißt auch garantiert nicht die Investition von rund 100 Millionen Euro, weil um eine solche Dimension geht es hier. Das heißt, wir sind jetzt einmal sehr flink gewesen und haben auch über die Ferienzeit ein Kompendium ausgearbeitet, das wir mitgeben konnten für die Aufsichtsratsentscheidung, welche Vorteile hat denn der Konzern gegenüber anderen Städten, die da im Gespräch sind, was haben wir für Hardfacts, was haben wir für Softfacts. Das ist übergeben worden, ich habe auch Gespräche mit dem Land Steiermark geführt, weil es natürlich selbstverständlich auch Gespräche mit dem Herrn Landeshauptmann, mit den Landeshauptmannstellvertretern, auch mit dem Finanzreferenten schon gegeben hat und wir uns gemeinsam jetzt auch anstrengen müssen, das Unternehmen zu überzeugen, dass in Graz wahnsinnig viel passiert, Gespräche auch mit dem Land laufen und ich hoffe, dass die Entscheidung, die wahrscheinlich Ende September fallen wird, dann zu unseren Gunsten ausgeht, aber es ist eine Geschichte, die mir im Magen liegt und deswegen habe ich, wie gesagt, mich da persönlich schon in die Diskussion eingebracht. Ich habe signalisiert, dass wir uns sehr anstrengen wollen, aber ich sage auch gleich dazu, ich habe ein bisschen vernommen die Bereitschaft, was Wien und Zagreb alles tun will, um das Unternehmen uns abzuwerben, das ist nicht einfach. Soweit der Zwischenstand, entschieden wird es ja im Unternehmen selbst und mit der Landesebene haben wir uns schon koordiniert, damit man auch unter Umständen Förderschienen, die die anderen ja auch auf den Tisch legen, sofern wir das auf der europäischen Ebene auch dürfen, bei einem 100-Millionen-Euro-Investitionsprojekt, sofern wir da auch gemeinsam noch an einem Strang ziehen, schaut aber gut aus, also auch das Land will hier helfen.

8) Einberufung einer Arbeitsgruppe zur Umsetzung eines Sozialpasses

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im letzten Jahr wurde im Gemeinderat die Prüfung der Einführung eines Sozialpasses einstimmig angenommen. Die Erarbeitung eines entsprechenden Stückes und die Umsetzung einer solchen Maßnahme kann jedoch nur dann erfolgen, wenn alle verantwortlichen Stellen ressortübergreifend zusammenarbeiten. Aus diesem Grund erscheint es mir dringend erforderlich, eine Arbeitsgruppe zu installieren, die diese Vorarbeiten gewährleisten kann. Der Bedarf nach einem Sozialpass ist gestiegen und es muss so schnell als möglich eine konkrete Maßnahme zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt umgesetzt werden, denen es nicht so gut geht.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich somit an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, in Ihrer Verantwortung als Bürgermeister so bald als möglich eine Arbeitsgruppe zu installieren, die ressortübergreifend alle Vorarbeiten zur Umsetzung des Sozialpasses vorbereitet? (*Applaus KPÖ*)

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.